

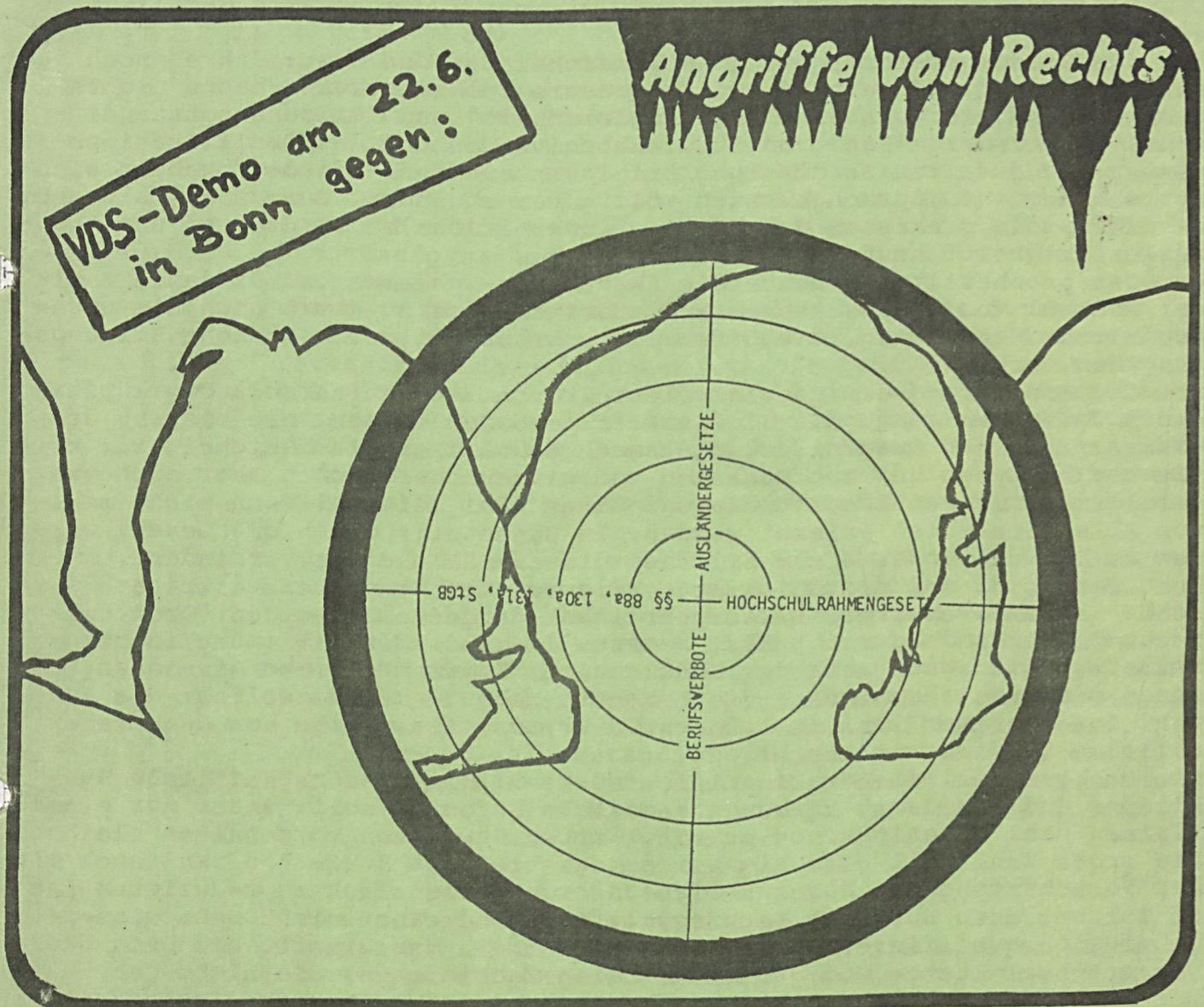
WUB

› was uns betrifft ‹

informationsorgan des asta der thd

NR 8

JUNI 1976



INHALT :

- Seite 2 HRG, mal aus'ner andren Sicht
3 Frankreich
8 Politische Distiplinierung
11 Gedicht von P.P.Zahl
12 Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue
14 Zur Situation in Palästina
16 Studiengebühr
17 Abschaffung des NC ?
19 Glosse
20 Studienkolleg
21 Aktivitäten der Ausländerpolizei
22 Klage gegen den ASTA der Fachhochschule

Das HRG, mal aus 'ner andren Sicht

Beitrag der Wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Studenten-Vollversammlung
am 29.1.1976 zum Thema Hochschulrahmengesetz

Vom HRG sind alle Gruppen der Hochschulen betroffen - mehr noch: der Schaden den dieses Gesetz anrichtet, wirkt auf die gesamte Gesellschaft zurück.

Von der Bildungsreform, deren Notwendigkeit in den 60-er Jahren noch jedermann einsah und vertrat, wollen unsere Volksvertreter heute nichts mehr wissen. Die Vokabeln "Chancengleichheit" und "Bildungsnotstand" - womit die niedrige Zahl von Studienabsolventen und das Qualifikationsniveau der gesamten Bevölkerung kritisiert wurden - diese Vokabeln sind aus dem heutigen Sprachgebrauch völlig verschwunden. Gerade so, als gebe es die damals genannten Gründe wie "internationaler Vergleich" und "Konkurrenzfähigkeit" heute nicht mehr.

Dagegen prophezeit man heute die Akademiker-Schwemme und diffamiert mit der Vokabel vom "Akademischen Proletariat". Hierzu kommt noch die ungeheuerliche Behauptung, die öffentliche Armut sei durch zu hohe Bildungsausgaben verursacht.

Mit der Einführung der Regelstudienzeit von 3-4 Jahren soll dem künftigen Absolventen genau die Eigenschaft genommen werden, die bislang den Wissenschaftlich Ausgebildeten ausmachte: nämlich die Fähigkeit zur kritischen Analyse und zum Erkennen von wissenschaftlichen aber auch von gesellschaftlichen Zusammenhängen. Diese Fähigkeit soll nun nicht mehr von allen Studenten erlernt werden. Im Gegenteil: durch das Gesetz werden selbst die Ansätze zum Erlernen dieser Fähigkeiten verhindert. Ich nenne hier nur die Stichworte, die von den Studentenvertretern schon (an anderen Stellen) ausführlicher dargestellt wurden: Ordnungsrecht in Verbindung mit § 88a, Numerus Clausus; Mitbestimmung in den Selbstverwaltungsorganen der Hochschulen; Studienreformkommissionen, in denen die Staatskommissare die Mehrheit haben und schließlich: die Auswahl Auserlesener für ein Aufbaustudium, das für einige den den bisher üblichen Studiengang anschließt.

Die Funktion all dieser Eingriffe ist klar: Die wissenschaftliche Ausbildung und der damit verbundene soziale Aufstieg sollwieder nur einer kleinen Zahl ohnehin schon privilegierter Studenten vorbehalten bleiben. Die große Zahl soll - da sie bei der gestiegenen Studenten zahl auch mit der Verschärfung des Numerus Clausus nicht wesentlich zu reduzieren ist - in Zukunft eben nur noch berufsqualifizierend, aber nicht mehr wissenschaftlich qualifizierend ausgebildet werden. Man erhofft sich ein Heer von außengeleiteten und gut steuerbaren Fachidioten, die nicht mehr - wie heute in zunehmenden Maße zu beobachten ist - ihr Fachwissen kritisch zum beurteilen von Entscheidungsprozessen "mißbrauchen". Die Steuerung dieses halbakademischen Proletariats soll von wenigen zwar hoch qualifizierten, kritikfähigen und flexiblen, aber trotzdem gut Angepaßten ausgehen, die individuell (und damit sicher nicht nur nach ihrer fachlichen Qualifikation) ausgesucht werden. Diese wenigen Ausgewählten sollen dann noch durch eine harte Mühle der persönlichen Entrechtung und Demütigung gehen - auch dafür sorgt das HRG gleich mit. Als Instrument konstruiert man das Aufbaustudium (Elite-Universität innerhalb der Massenuniversität).

An dieser Stelle komme ich auf die Frage zu sprechen, die den Mittelbau in den Hochschulen am direktesten trifft, der sich aber auch unmittelbar auf Lehre und Studium auswirkt: die Personalstruktur

Das HRG sieht ein Hierarchie vor, die auf Selbstregenerierung ausgerichtet ist, in der nicht das Fachwissen oder das bessere Argument, sondern allein das Amt entscheidet. Die wieder fast allmächtige Spitzengruppe der Professoren darf selbstherlich und völlig allein und unkontrolliert

Über alle Fragen der Forschung und über Berufungen entscheiden. Die vielgepriesene Vielfalt der Lehrmeinungen wird damit dort, wo sie in den letzten Jahren überhaupt andeutungsweise Einzug gehalten hat, wieder völlig ausgemerzt. Es ist klar und wird auch von den Professoren unumwunden zugegeben, daß jeder seinen Gegner (sei es nun politisch oder in den Lehrmeinungen) bei Berufungen abzuwehren versucht. Heute etablierte Mehrheiten werden sich darum niemals mehr ändern, da eine Mitbestimmung der anderen Gruppen völlig ausgeschaltet ist. Mittels der Berungs- und Personalpolitik werden dann alle Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane vorgegeben.

Die Ordinariatenuniversität wird wieder hochgepöppelt: Die einzelnen Professoren sind nach den Formulierungen des HRG die Einzigen für die der Artikel 5 GG (Freiheit von Forschung und Lehre) noch gilt (sofern der Staat es überhaupt zuläßt, vgl. Berufsverbote). Nach unten in der Hierarchie können die Professoren jede erdenkliche Disziplinierung ausüben. Die mittleren und unteren Chargen (Hochsch.Ass. und WiMi) haben dagegen abgestufte Rechte und kaum einen Schutz gegen Willkür. Dafür müssen sie als Dienstaufgabe hochwertige und qualifizierte Arbeit in Forschung und Lehre ausüben.

Daß es an Qualität beim Mittelbau nicht mangelt, kann der Student am besten ersehen: erkann die Lehre von Assistenten kaum als minderwertig gegenüber der Professoren-Lehre erkennen, ja oft gelingt es erst dem wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Übung, all das klar und verständlich zu machen, was der Professor in der didaktisch oft sehr miserablen Vorlesung vermitteln wollte. Aber die Würdigung dieser Erkenntnis, die im HUG noch ansatzweise erkennbar ist (ihm lag einmal der Satz zugrunde: "Wer lehrt ist Hochschullehrer"), wird vom HRG wieder vollkommen verweigert.

So hat der Gesetzgeber z.B. allen (vom Tutor bis zum Prof.) Lehraufgaben zugewiesen, aber den Grundsatz der freien Gestaltung läßt er nur für Professoren gelten, allenfalls noch für den Hauptassistenten, sofern dieser in der Gunst der Professoren steht. Um nicht mit der Verfassung in Konflikt zu kommen, hat er sich groteske Formulierungen einfallen lassen: "Wissenschaftlicher Mitarbeiter, vermittelt Fachkenntnisse"

"Hochschulassistent, führt Lehrveranstaltungen durch,..."

"Prof., lehrt selbstständig" (aber offenbar ohne dabei Lehrveranstaltungen durchzuführen oder Fachkenntnisse zu vermitteln, was ja unselbständig sein müßte, wie beim WiMi)

In der Forschung sieht es nichtviel besser aus aus:

Prof ist frei in... (ehrlicher wäre: frei von...)

HoAs ist verpflichtet... Leistungen zu erbringen

WiMi kann völlig daran gehindert werden, wird aber i. d. R. über seine Dienstaufgabe zur geistigen Knochenarbeit gezwungen. Den Großteil der Ideen muß er liefern, damit er weiter beschäftigt wird, aber verkaufen darf diese Ideen nur sein Chef.

z.B. Frankreich

Die Kämpfe der französischen Studenten gegen die Hochschulreformist auch bei uns auf großes Interesse gestoßen. Dies hat verschiedene Gründe:

- 1) hat die französische Hochschulreform Auswirkungen, die mit denen des Hochschulrahmengesetzes zu vergleichen sind. Daran wird noch einmal deutlich, daß das HRG keine reine bundesdeutsche Erscheinung ist, sondern daß in allen europäischen Ländern die Regierungen die Ausbildung "reformieren".

2) haben die französischen Studenten exemplarisch gezeigt, daß ein nationaler Streik aller Studenten möglich ist. Dies ist für uns umso wichtiger, als wir auf der Vollversammlung der THD vom 6.5.76 in der Resolution beschlossen haben, für eine bundesweite Urabstimmung über einen Streik aller Studentenschaften einzutreten.

Der AStA der TH wird auch weiterhin mit den französischen Studentenschaften Kontakt halten und eine Korrespondenz über Fragen der Studentenschaft und der wissenschaftlichen Ausbildung vorschlagen.

Anbei veröffentlichen wir als ersten Schritt unser Grußtelegramm an die franz. Studenten und die Antwort der franz. Studentengewerkschaft UNEF (Union National des Etudiants Francaises).

Die Darmstädter Studentenschaft solidarisiert sich mit dem Kampf der französischen Studenten gegen Entqualifizierung und Arbeitslosigkeit. Auch wir in Darmstadt kämpfen mit Urabstimmung und Streik gegen eine Hochschulreform (Hochschulrahmengesetz), die uns den Profitinteressen der Industrie anpassen soll. Euer Kampf ist auch unser Kampf. Euer Erfolg wird uns stärken!

Mit solidarischen Grüßen

Paris, 3.5.1976

Liebe Freunde,

im Namen des nationalen Büros der UNEF möchte ich Euch für Euer Unterstützungs-Telegramm danken. Beiliegend werdet Ihr ein Rundschreiben finden, welches den Kampf der französischen Studenten gegen die Regierungsreform beschreibt.

Weiterhin möchte ich Euch der vollen Unterstützung der UNEF für Euren Kampf in Darmstadt vergewissern: Die Studenten sehen sich einer internationalen Zusammenarbeit der Regierungen im Erziehungswesen gegenüber und wir sind verpflichtet, diesem internationalen Trend aller Regierungen zu begegnen.

Deshalb ist unserer Meinung nach die internationale Zusammenarbeit der Studenten und Studentenvereinigungen der einzig richtige Weg, diesen Bedrohungen entgegenzutreten.

Dank für Eure Unterstützung

mit vielen Grüßen

Philippe Plantagenest
Vice-Präsident der UNEF

Paris, 26.4.1976

Liebe Freunde,

das nationale Büro der UNEF hat beschlossen, diesen Brief an alle Vorsitzenden der verschiedenen europäischen nationalen Studentenvereinigungen zu schicken, um sie über die letzten Entwicklungen der Mobilisierung der französischen Studenten (die inzwischen zu einem GENERALSTREIK DER UNIVERSITÄTEN gegen die neue Regierungsreform des "2. Zyklus", d. h. des 3. und 4. Universitätsjahrs, geworden ist) zu informieren.

Die Massenmedien haben eine ganze Menge über den Streik der französischen Studenten gesagt: Aber was sie sagten, gab nicht die Wirklichkeit wider, wie sich die Mobilisierung der französischen Studenten wirklich vollzog.

Wir wollen jetzt versuchen, Klarheit zu schaffen über die Gründe, warum die Studenten den Streik beschlossen und über die Art und Weise, wie sie ihre Bewegung organisierten.

WARUM GENERALSTREIK DER FRANZ. UNIVERSITÄTEN?

Der Erlass, der vom neuen Staatssekretär für Universitäten, Mme Alice Saunier-Seite, herausgebracht wurde und der den "2. Zyklus" aller Studiengänge reformieren soll, datiert vom 21.1.76. Nach Worten der Regierung bezweckt er eine effektivere Eingliederung der Studenten in den Arbeitsmarkt.

Tatsächlich werden die neuen Diplome am Ende des 4. Jahres ("la Maitrise" in französisch) vom Staat anerkannt, nachdem sie in jeder Disziplin von sogenannten "technischen Untersuchungsgruppen" untersucht und vorgeschlagen wurden, wobei mindestens 1/3 der Mitglieder Vertreter der "Geschäftswelt" sind.

Offensichtlich bedeutet dies, daß die neuen Diplome den unmittelbaren Bedürfnissen der regionalen Bosse entsprechen, und daß die Diplome keine nationalen mehr, sondern universitätsspezifische, also regionale Diplome sind: Ein Student hat nicht mehr die gleichen Chancen, einen Job zu finden entsprechend der Universität, von der er kommt; in Frankreich, wo alle Universitäten staatlich sind, bedeutet dies eine Zerstörung des nationalen Erziehungssystems.

Diese Diplome werden vom Staat nur für 5 Jahre anerkannt: So kann ein Diplom gestrichen werden, wenn es eine neue ökonomische Situation (z.B. Anwachsen der Arbeitslosigkeit) verlangt.

Was wird in solche einer Reform mit den Künsten und den humanistischen Wissenschaften geschehen? Oder auch mit den Grundlagenforschungs-Diplomen? Die Reform wird vorangetrieben, um die Abschlüsse mehr "beruflich" zu gestalten. In der Realität ist dies ein Versuch, einen versteckten numerus clausus für solche Gebiete einzuführen, indem man die Budgets dieser Universitäten kürzt.

Zum Beispiel: Was wäre der Zweck von "Arbeitsperioden" in den Fabriken für alle Studenten des 4. Jahres? Man bekäme billige Arbeiter, aber für die Studenten der Künste, der humanistischen Wissenschaften wäre das eine Disqualifikation ihrer Abschlüsse; es ist kein Zufall, daß die Mehrzahl der in dem Erlass aufgeführten Abschlüsse "Wissenschaft und Technik"-Promotionen genannt werden ... (usw.)

Schließlich führt die Reform eine "Verdichtung" der Studiengänge ein: Nicht weniger als 350 - 550 Stunden: jedes Jahr: Das macht es den Studenten unmöglich, neben ihrem Studium zu arbeiten (was bislang mehr als 50 % taten).

Zusammenfassend kann man sagen: Die einhellige Meinung von Studentenorganisationen, Lehrervereinigungen, Gewerkschaften etc. war, die Reform zu verurteilen und von der Regierung die sofortige Zurücknahme zu fordern.

Dieser Erlass beendet einen unmassenden Angriff auf das nationale Erziehungssystem, indem man einen wachsenden Zusammenstoß zwischen den Universitäten gegen die offensichtlichen Interessen der Studenten und Lehrer fördert.

DER CHARAKTER DER STUDENTENBEWEGUNG

Seit den Osterferien (19.3. - 4.4.76) hielten mehr als 45 Universitäten Vollversammlungen mit tausenden von Studenten ab und beschlossen den unbefristeten Generalstreik, bis ihre Forderung - die völlige Zurücknahme des Erlasses - von der Regierung erfüllt ist. Jede Vollversammlung wählte ein Streikkomitee und eine Delegation von 5 Leuten, die sie in der "nationalen Koordination der Streikkomitees" zu vertreten hatten. Diese Leute, hauptsächlich Mitglieder von Gewerkschaften oder politischen Vereinigungen, werden proportional gewählt.

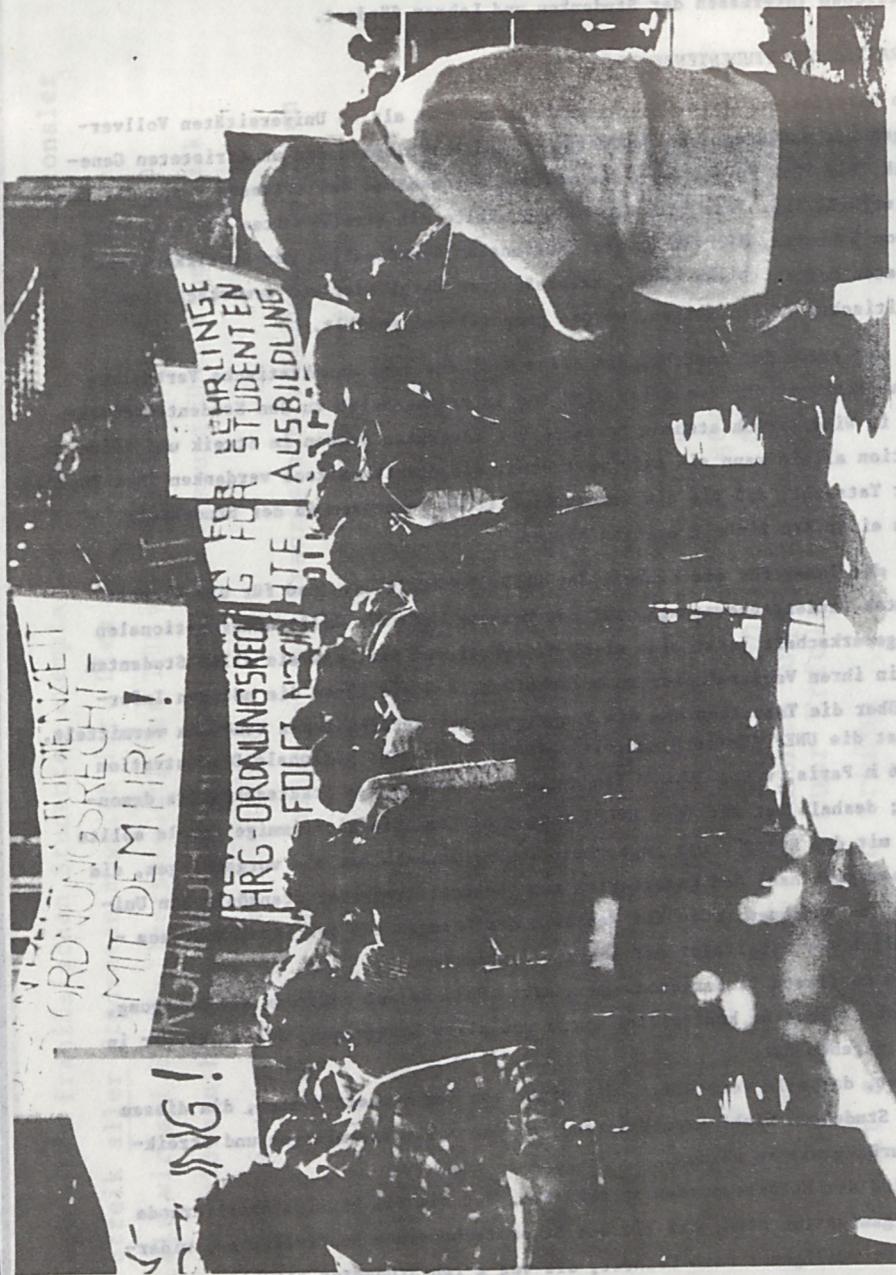
Die UNEF war stets der Ansicht, daß diese Komitees eine demokratische Vertretung der großen Mehrheit der Studenten sind und in keiner Weise zu den Studentengewerkschaften in Widerspruch stehen: tausende von Studenten stehen im Streik und keine Organisation allein kann sie alle vertreten; die Streikkomitees verdanken ihre Popularität der Tatsache, daß sie die unterschiedlichen Tendenzen in der Studentenschaft zu einer Art Einheit bringen können.

Die UNEF, die immer für die Einheit der UNEFs gekämpft hat (und für die Einheit der gesamten Studentenbewegung), ist der Meinung, daß die Rolle einer nationalen Studentengewerkschaft jetzt eine nicht-dirigistische ist, daß sie allen Studenten erlaubt, in ihren Versammlungen zu entscheiden, daß sie ihnen die nötigen Informationen über die Tatsachen und die Positionen der verschiedenen Behörden vermittelt. Deshalb hat die UNEF (Unite Syndicale) gekämpft für eine nationale Demonstration am 18.3.76 in Paris, wobei 30.000 Studenten zum Gebäude des Staatssekretärs demonstrierten; deshalb hat sie (die UNEF) vorgeschlagen, die einstimmige Parole sollte sein "Weg mit dem Erlass", was angenommen wurde; deshalb hat sie vorgeschlagen, die Studentenbewegung nach den Osterferien zum "Generalstreik der französischen Universitäten" auszudehnen, wozu die Mehrheit der Delegierten der Streikkomitees - einschließlich der Mitglieder der UNEFs - zustimmten.

Das ist die massivste Studentenbewegung seit 1968. Es ist außerdem die Bewegung, die am demokratischsten kontrolliert wurde von allen Bewegungen, die es früher in Frankreich gegeben hat.

Das bedeutet, daß alle Vorschläge, die nicht von der Einheit kommen, die diesen Willen der Studenten nicht respektieren, von den Vollversammlungen und Streikkomitees zurückgewiesen werden.

Der Entschluß der UNEF-renouveau zu erklären, daß sie die einzige existierende Studentenorganisation sind, daß sie die Studentenbewegung kontrollieren, widerspricht der Notwendigkeit nach Einheit, die von allen Studenten gefühlt wurde, die - um sich der ganzen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen - die Professoren aufforderte, sich am Generalstreik der Studenten zu beteiligen.



auch in Darmstadt wurde demonstriert!

Deshalb stimmte die UNEF der FEN (Organisation der Lehrer, 80 % der französischen Lehrer sind Mitglieder) zu, alle Studentengewerkschaften aufzufordern, sich in dieser wichtigen Zeit zu vereinigen. Von der Seite der Führer der UNEF-renouveau (Mitglieder der KPF) kamen nichts als Beschimpfungen.

Dennoch mußten sieh die Führer aller Studentenorganisationen dem von den Studenten beschlossenen Streik anschließen und in den Streikkomitees den Anträgen nach Einheit zustimmen, d. h. die mußten den Willen der Mehrheit der Mehrheit nach Einheit respektieren.

Das gleiche geschah bei den Lehrern, deren Gewerkschaft von den Studenten aufgefordert wurde, sich dem Streik anzuschließen, um den Generalstreik auf alle Universitäten auszudehnen und um größere Chancen zu haben, die Regierung zur Zurücknahme der Reform zu zwingen.

WAS GESCHAH SEIT ANFANG APRIL 1976

- 4./5. April 76 Nationalkomitee der UNEF in Paris. Die UNEF ruft zum Generalstreik der Universitäten auf. Zu dieser Zeit ist sie die einzige Organisation, die das tut.
- 5./6. April 35 Universitäten im Streik
- 7./8. April 40 Universitäten im Streik ... 30.000 Studenten demonstrieren in Paris, 20.000 Studenten in anderen Städten
- 10./11. April Nationale Koordination der Streikkomitees; 250 Delegierte von 39 Universitäten; ruft zum Generalstreik der Universitäten auf, wendet sich an die Lehrgewerkschaft. Ein NATIONALES STREIKKOMITEE mit 20 Leuten wird gewählt; trifft sich täglich in Paris.
- 13. April Die National-Exekutive der UNEF trifft Mme Saunier-Seite, Staatssekretär für Universitäten. Sie sagt: "Die Reform wird nicht in Kraft treten, bevor nicht alle zustimmen." Die UNEF, wie Presse und TV berichten, spricht von einem "genialen Tonwechsel" der Staatssekretärin. Die FEN wird vom Ministerium eine Stunde später empfangen. Dort sagt man dasselbe. Drei Stunden später erklärt ein Pressekomunique des Ministeriums, daß so etwas nie gesagt werden konnte. Später folgen fünf andere Kommuniqués der Staatssekretärin ... Nachts erfährt die FEN vom Premierminister M. Chirac, daß die Regierung den Erklärungen ihrer Staatssekretärin zustimmt.
- 14. April Die NEF berichtet auf Wunsch vor dem nationalen Streikkomitee von den Äußerungen des Ministeriums.
- 15. April 40.000 Studenten demonstrieren in Paris, trotz schweren polizeilichen und faschistischen Provokationen. 300 Studenten werden festgenommen, aber nachts wieder freigelassen.

- 17./18. April Vierte nationale Koordination aller Streikkomitees; 300 Delegierte aus 46 Universitäten. Ein neuer Aufruf zum Generalstreik wird angenommen, ebenso eine weitere Adresse an die Lehrgewerkschaft, die bei den Koordinationstreffen vertreten ist. Die Studenten wollen weiter streiken, bis die Reform zurückgenommen ist. Die allgemeine Linie des Koordinationstreffens wird von 3/4 der Delegierten - unter ihnen die der UNEF und UNEF-renouveau - bejaht.
23. April 50.000 Studenten aus verschiedenen Städten demonstrieren mitten in Paris.
- 27./28. April Nationales Koordinierungstreffen in Paris; 350 Delegierte von 49 Universitäten. Nach 27 Stunden Debatte weigert sich die UNEF-renouveau, der Fortsetzung des Streiks bis zur Erfüllung der Forderung zuzustimmen und ruft die Beendigung des Streiks aus.
- 270 Delegierte gegen 39 Stimmen für Generalstreik - und ebenfalls für einen Antrag, der die Rolle der UNEF-renouveau definiert. Ein NATIONALES STUDENTEN-STREIKKOMITEE von 6 Leuten wird gewählt, darunter 2 Mitglieder der UNEF (unite syndicale) und 1 von der UNEF-renouveau.

Die Frage ist nun:

Warum gibt es keine breite Bewegung gegen diese Entwicklung in der BRD ?

1) Die Umwandlung und kapitalistische Anpassung der Universitäten ist in der BRD weiter fortgeschritten als in den meisten europäischen Ländern. Das findet seinen Ausdruck z.B. darin, daß der größte Teil der an den Unis betriebenen Forschung aus Geldern finanziert wird, deren Herkunft und Verwendung nicht von der Uni oder ihren Mitgliedern kontrolliert werden kann. Die Mittel kommen von der Industrie, deren Interessen sich so über die privaten Verbindungen mit einzelnen "Forscherpersönlichkeiten" in der Uni durchsetzen. Die weitentwickelte kapitalistische Entwicklung macht solche direkten Interventionen von Staat und Industrie wie in Frankreich an vielen Punkten überflüssig.

2) Diese Umwandlung hat durch den NC und die KapVo schleichend an Boden gewonnen. Die direkte Betroffenheit der einzelnen Studenten von diesen Maßnahmen wirkt sich wegen der schrittweisen Einführung jedoch nicht derart massiv aus.

3) In Deutschland besteht eine völlig andere Ausbildungsstruktur: die Fachhochschulen gewährleisten die Ausbildung von genügend disziplinierten Technikern und Ingenieuren. Die Integration der Technischen Hochschulen in die auch in Deutschland traditionell geisteswissenschaftlichen Univer-

sitäten löste ein Problem, das in Frankreich noch heute besteht: die Hervorbringung einer genügend großen Zahl von Technikern und Technokraten.

4) Dennoch gibt es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem "Loi Haby" und dem HRG, da beide auf eine zunehmende inneruniversitäre Selektion mit dem Ziel der Planung, Lenkung und Kontrolle der Studenten und ihres Studiums, einer zunehmenden politischen Disziplinierung u.a. hinauslaufen.

5) Was sich in Frankreich schon negativ bemerkbar macht, wirkt sich in der BRD noch schlimmer aus:

- die Linke steht in der Defensive zum aktuellen technokratisch-repressiven Angriff der Herrschenden
- die revolutionäre Linke steht auf einem Höhepunkt der Zersplitterung...

6) Die ältere Tradition von Widerstand ganz allgemein, was eben das ganze politische Klima bestimmt. Für die französische Bevölkerung ist es viel mehr selbstverständlich, sich gegen Maßnahmen, die von den Herrschenden getroffen werden zu wehren - zu streiken und zu demonstrieren. Das bedeutet für die Bewegung jetzt, daß sie den studentischen Aktivitäten, solange sie sich im traditionellen Rahmen bewegen, zumindest nicht feindlich gegenüberstehen

Eine exakte Analyse, warum in Frankreich der Protest so massiv,

bei uns so kläglich geführt wird müßte umfassender als der platte Hinweis auf eine Klassenkämpferische Tradition und ein anderes politisches Klima ausfallen. Die Tatsache, daß das politische Klima Frankreichs, zumal sich jetzt eine linke Regierungsalternative anbietet, von dem der BRD verschieden ist, bleibt bestehen. Auch der Hinweis auf die Studen-

gewerkschaft der KPF sollte nicht überschätzt werden, da nachweislich der stud. Kampf wie bei uns nicht durch deren Organisationsmöglichkeiten, sondern im wesentlichen durch die links-undogmatischen Teile getragen wird. Insbesondere versuchen die traditionell KPF-orientierten Gruppen die Aktivitäten in Hinblick auf die kommenden Wahlen zu kanalisieren.

Spendet für unser

Rechtshilfekonto

Das Studentenparlament hat den ASTa beauftragt, einen Rechtshilfefonds einzurichten, um Studenten der THD Kosten zu erstatten (bzw. bezuschussen), die aus Verfahren entstanden sind, die mit den Auswirkungen des Streiks, weiteren Maßnahmen gegen das HRG oder mit dem Ordnungsrecht zusammenhängen.

Über die Verwendung der Mittel entscheidet das Studentenparlament, als dessen ständiges Organ evtl. kurzfristig der ASTa. Die eingehenden Spenden sind zweckgebunden.

Spendet auf unser Konto bei der Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt

542 202

Studentenschaft der TH Darmstadt

- Rechtshilfekonto -

Politische Disziplinierung?

Was hat das Thema "politische Disziplinierungen" mit unserer Lage, mit dem "Schwerpunktthema" auch dieser wub, dem HRG, zu tun?

Wenn diese (übliche) Art der Fragestellung, mit der eine "Betroffenheit" aufgezeigt werden soll, von den Studenten bzw. deren "Vertretern beibehalten wird, werden sie nie weiterkommen. Denn die Hochschule steht nun mal nicht in einem Glashaus, sie kann also nicht isoliert von der Gesellschaft betrachtet werden. Hochschulpolitik als solche oder ein hochschulpolitisches Mandat gibt es nicht. Für die verfaßte Studentenschaft kann es, die Fragwürdigkeit des Begriffs "Mandat" mal hintangestellt, nur ein allgemein-politisches Mandat geben, denn wir müssen nach dem Zusammenhang fragen, in dem die Verschlechterung des studentischen Lebens, das HRG, steht.

Das HRG ist letztendlich nur aus der allgemein politischen Lage zu erklären, genauso

wie die vielbeschworene Friedhofsruhe an den Universitäten nicht nur auf den Leistungsdruck, der einen zu nichts mehr kommen läßt, zu schieben ist. Viele von uns, denen manches ganz schön stinkt, kriegen ihren Mund nicht wegen des Leistungsdrucks nicht auf, sondern weil sie die Praxis der Berufsverbote, die vielen Anhörungsverfahren vor Augen haben, die schwarzen Listen des Verfassungsschutzes und die, die sonst noch in Industrie und Handel zirkulieren, weil ein Eintreten für unsere berechtigten Forderungen immer mit der Gefahr verbunden ist, als "Rädelsführer" einer "kriminellen Vereinigung" - die wir z. B. anlässlich des Streiks waren - herausgepickt zu werden. Wie schnell man zum Rädelsführer wird und wie wenig sich die Obrigkeit dabei an ihre eigenen Gesetze hält, wird an dem Fall Gerhard Strecker deutlich.

In der Nacht vom 8./9.5.76 starb Ulrike Meinhof in ihrer Gefängniszelle. Da die Umstände ihres Todes reichlich mysteriös sind [so brauchte beispielsweise das Justizministerium erheblich weniger als 4 Minuten, um den Tod festzustellen und eine entsprechende Pressemitteilung zu verfassen, denn diese ging schon 4 Minuten nach dem Öffnen der Zelle an die Presse; in diesen 4 Minuten wurde

1. festgestellt, daß Ulrike Meinhof tot ist,
2. das Justizministerium telefonisch benachrichtigt (sonntags morgens um halb acht!) und
3. die erste Pressemitteilung geschrieben,]

wurde in mehreren Städten für eine Aufklärung der Todesursache und gegen die unmenschlichen Haftbedingungen demonstriert. Bei dem Versuch, die Demonstration in Frankfurt gewaltsam aufzulösen, kam es zu schweren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf u.a. ein Polizist lebensgefährlich verletzt wurde. Die unter Erfolgszwang stehende Sonderkommission nahm aufgrund anonymer Telefonanrufe 14 Personen in einer pompösen Großrazzia fest und baute diese mit Hilfe der Massenmedien zu "Mördern, Rädelsführern und Terroristen" auf. Wegen der offensichtlichen Haltlosigkeit der "Beweise" mußten 13 von ihnen, zum Teil schon vor dem Haftprüfungstermin, freigelassen werden. Einer von ihnen, Gerhard Strecker, der nachweislich nicht an der Demonstration beteiligt war,

VDS - Demonstration

am 22.06.1976

Abfahrt 7⁴⁵ Uhr



vom **Karolinen - Platz**
 Georg-Büchner -

Fahrpreis: 7,00 DM

wurde trotzdem über eine Woche lang in U-Haft gehalten, denn ein Täter muß her, weil die politisch Verantwortlichen nachträglich ihre Existenzberechtigung und ihre Handlungsweise rechtfertigen müssen, Dies geschieht, indem irgendwelche Linke festgenommen, mit unglaublichen Beschuldigungen konfrontiert und über Presse und Rundfunk ohne stichhaltiges Beweismaterial als gefährliche Terroristen vorgestellt werden. Dieses Vorgehen zeichnet sich ausschließlich durch die Notwendigkeit aus, lieber Unschuldige zur Verantwortung zu ziehen als der Gesellschaft mit leeren Händen gegenüberzutreten.

Die Verfolgung und Kriminalisierung Gerhard Streckers und die öffentliche Aufforderung an die Bevölkerung, dieses Vorgehen nach Kräften zu unterstützen, drängt den Vergleich mit Praktiken auf, die vor 40 Jahren gang und gäbe waren.

Dieses Verfahren schürt Angst, es soll auch bei all denen, die es sich von keiner Zweidrittelmehrheit aus Bundestag, Bundesrat, Oberbürgermeistern und Bild-Redakteuren aufzwingen lassen wollen, wie sie zu leben haben, Angst erzeugen! Diese Angst hat die Demonstranten am Tag nach dem Tod von Ulrike Meinhof auf die Straßen getrieben. Und aus der Erfahrung, daß Frankfurts Straßen seit Jahren von Polizeiknüppeln beherrscht werden, aus der Erfahrung, immer wieder mundtot geknüppelt zu werden, haben einige Demonstranten Molotow-Cocktails mitgenommen.

Es geht hier nicht darum, dieses Verhalten zu billigen oder zu verurteilen. Es geht darum zu zeigen, daß in allen Diskussionen der letzten Jahre klar geworden ist, daß niemand in der Linken, ob er nun Molotow-Cocktails wirft oder dies ablehnt, ein zynisches Verhältnis zu Menschenleben hat, egal ob es sich um Polizisten oder um Gefangene handelt.

Es geht nicht darum, auf dem Niveau der Bild-Zeitung Menschenleben gegeneinander aufzurechnen. Kein Tod rechtfertigt irgendeinen anderen, und keine "Bestie" hat das Recht auf Leben verwirkt. Es geht darum, daß nicht die Demonstranten, sondern die Polizeiführung, die seit Jahren alles, was ihr nicht in den Kram paßt, von der Straße knüppelt, diese Situation herbeigeführt hat. Es geht darum, klar zu sagen, daß der gefährlich verletzte Polizist, das Opfer einer Gewalt-Eskalation geworden ist, die an diesem Tag eindeutig auf das brutale Einschreiten der Polizei schon zu Beginn der Demonstration zurückzuführen ist. Und es geht darum, daß wir es uns nicht nehmen lassen, für unser Recht zu leben und das aller anderen zu demonstrieren.

Es geht hier an dieser Stelle aber auch darum zu zeigen, wie auf der anderen Seite verantwortungslos mit Menschenleben umgegangen wird, indem beispielsweise die Todesstrafe versteckt wiedereingeführt wird (Ulrike Meinhof und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen, die "Selbstmörder" in den Gefängnissen, die "Bestie" Jürgen Bartsch, die nicht mehr aus der Narkose aufwacht, Menschen, die auf offener Straße oder in ihrer Wohnung einfach abgeknallt werden); zu zeigen, wie locker über'n Hocker 100.000

"Sofort-Tote" und 1.600.000 "später Sterbende" in unserer Region im Falle eines Biblis "Super-GAU" (GAU=größter anzunehmender Unfall) eingeplant sind. Wir können uns nicht der Illusion hingeben, daß unsere naturwissenschaftliche Ausbildung, die sich apolitisch gibt, dies auch ist. Unsere "wertfreie" fachspezifisch bornierte Ausbildung wird beispielsweise im Dienst der Atomenergiewirtschaft immer parteilich sein; deshalb müssen wir bei allen Gelegenheiten, seien es die japanischen Quecksilber-Vergifteten, unsere Isolation, die hiesigen Haftbedingungen, Prüfungsverordnungen, die allgemeine Sexualunterdrückung, dem HRG, immer wieder folgende Fragen stellen:

Wem nützt es ? Wem schadet es ?

Urteil gegen P.P.Zahl

Der Schriftsteller Peter-Paul Zahl ist am 12.3.1976 nach zehntägigem Revisionsverfahren von einem Düsseldorfer Schwurgericht wegen „zweifachen Mordversuchs in Tateinheit mit besonders schwerem Widerstand“ zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Zahl erhielt die Höchststrafe, weil er nach Ansicht des Schwurgerichts „ein Gegner des Staates ist und die Notwendigkeit der speziellen Abschreckung besteht“.

Zur Verhandlung standen die Vorgänge bei Zahls Festnahme im Dezember 1972. Bei einer polizeilichen Kontrolle in der Düsseldorfer Innenstadt hatte Zahl zu flüchten versucht. Zwei Beamte hatten ihn verfolgt und 12 Schüsse auf ihn abgegeben. Zahl, der an beiden Armen verletzt wurde, hatte im Laufem viermal zurückgeschossen und dabei einen Polizeibeamten schwer verletzt.

In der ersten Instanz war Peter-Paul Zahl im Mai 1974 zu 4 Jahren Freiheitsentzug wegen „gefährlicher Körperverletzung und Widerstand“ verurteilt worden. Im

zweiten Verfahren versuchte die Staatsanwaltschaft, Zahl „Tötungsabsichten“ zu unterstellen nach dem Muster: Zahl ist ein Linker – Linke schießen auf Polizisten – also ist Zahl ein Mörder. Dieses Täterbild vom tollwütigen Terroristen läßt sich mit Zahls Biographie, mit seinem politischen Selbstverständnis und mit seiner künstlerischen Arbeit in keiner Weise in Einklang bringen.

Peter-Paul Zahl (32) gehört der Dortmunder Gruppe 61 und dem Schriftstellerverband an. Er veröffentlichte mehrere Bücher mit Gedichten, Prosa und Aufsätzen u. a. im Karl Rauch Verlag, Verlag etcetera, Verlag Freie Gesellschaft und Rotbuch Verlag. Ein Manuskript über die Haftbedingungen in Köln-Ossendorf ist seit anderthalb Jahren beschlagnahmt, weil es im Fall seiner Veröffentlichung „die Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ gefährden könne.

Informationen zur Solidaritätsaktion für P.P. Zahl: Rotbuch Verlag GmbH, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98.

p. p. zahl:
im namen des volkes

am 24. mai 1974
verurteilte mich
das volk
– drei richter
und sechs
geschworene –
zu vier jahren
freiheitsentzug
am 12. märz 1976
verurteilte
mich das volk
– nach der reform
nur noch drei richter
und zwei geschworene –
in gleicher sache
zu fünfzehn jahren
freiheitsentzug
ich finde
das sollen
die völker
unter sich ausmachen
und mich
da rauslassen

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie getroffen. Die Weigerung der Berliner Philosophischen Fakultät, den Privatdozenten Arons wegen seiner Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei zu entlassen, machte es erforderlich, die „Lex Arons“, das „Gesetz betreffend die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten“ zu schaffen. Die Entlassung Arons' wurde gemäß diesem Gesetz mit einer Begründung versehen, die Anlaß zum Nachdenken über die

Tradition der Sozialistenverfolgung in der deutschen Geschichte bieten könnte:

Nach dem eigenen Zugeständnis des Angeschuldigten steht fest, daß er der sozialdemokratischen Partei angehört und es sich angelegen sein läßt, ihre Bestrebungen zu unterstützen und öffentlich zu fördern ... Die sozialdemokratische Partei erstrebt den Umsturz der gegenwärtigen Staats- und Rechtsordnung mit Hilfe der zur politischen Macht gelangten Arbeiterklasse. Die bewußte Förderung dieser Bestrebungen ist unvereinbar mit der Stellung eines Lehrers an einer königlichen Universität und der sich daraus ergebenden Verpflichtung, die jungen

Leute, welche sich dieser Anstalt anvertrauen, „zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchengewerbes tüchtig zu machen“ (§ 1 der Statuten der Berliner Universität). Ein akademischer Lehrer, der mit derartigen Gegnern der bestehenden Staats- und Rechtsordnung gemeinsame Sache macht, zeigt sich des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig. Der Angeschuldigte hat sich hiernach eines Disziplinarvergehens im Sinne des § 1 Nr. 2 des Gesetzes, betreffend die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten ec. vom 17. Juni 1898 (G.S.S. 125) schuldig gemacht.

z. Z. Berlin
am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
Hannover
UWE HENNING
PROF. DR. KURT BEUTLER

Der neue entschärfte Radikalenerlaß

Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue

Zustimmende Kenntnisnahme durch das Kabinett

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung teilt mit:

Das Bundeskabinett hat am 19. Mai 1976 folgende Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue zustimmend zur Kenntnis genommen:

I.
Die Feststellung, ob der Bewerber die Eignungsvoraussetzung der Gewähr der Verfassungstreue erfüllt, trifft die für diese Entscheidung zuständige Behörde unter Beachtung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 — 2 Blv 13/73 — und der in der EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 24. Oktober 1975 aufgestellten Grundsätze.

II.
Bei der Entscheidung, ob ein Bewerber die für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erforderliche Gewähr der Verfassungstreue bietet, sollen einheitlich folgende Verfahrensgrundsätze beachtet werden:

1. Die Einstellungsbehörden sind verpflichtet, Bedenken, die gegen die Einstellung eines Bewerbers sprechen, und die dafür erheblichen Tatsachen schriftlich mitzuteilen.
2. Der Bewerber hat das Recht, sich hierzu mündlich oder schriftlich zu äußern.
3. Findet ein Anhörungsgespräch statt, ist ein Protokoll zu führen. Dem Bewerber ist auf Antrag Einsicht zu gewähren.
4. Die Mitwirkung eines Rechtsbeistands ist auf Antrag des Bewerbers zu gestatten. Sie ist auf die Beratung des Bewerbers und auf Verfahrensfragen zu beschränken.
5. Die Entscheidungszuständigkeit in den Fällen, in denen die Eignung des Bewerbers nicht festgestellt werden kann, liegt bei der obersten Dienstbehörde, d. h. grundsätzlich bei dem politisch verantwortlichen Minister.
6. Ablehnende Entscheidungen dürfen nur auf gerichtsverwertbare Tatsachen gestützt werden.

Die Bundesregierung hält nach dem oben abgedruckten Kabinettsbeschlusse den Radikalenerlaß für "inhaltlich erledigt" (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 20.5.76). "Erledigt" ist der Extremistenerlaß allerdings nur formell: Während die CDU/CSU-Länder ihn weiterhin anwenden, haben ihn die SPD-regierten Länder gekündigt. Sie wollen analog zur Bundesregierung in ihrem Bereich in genau acht Punkten von ihrer bisherigen Praxis abweichen. Im folgenden soll kurz auf die Punkte eingegangen werden.

7. Dem Bewerber ist die Ablehnungsbegründung unter Angabe der hierfür maßgeblichen Tatsachen, jedenfalls auf seinen Antrag hin, schriftlich mitzuteilen. Der Bescheid erhält eine Rechtsmittelbelehrung.

8. Es wird sichergestellt, daß den anfrageberechtigten Stellen nur solche (gerichtsverwertbaren oder vorhaltbaren) Tatsachen mitgeteilt werden, die Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers begründen können.

Neben diesen Grundsätzen kommt von der EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 24. Oktober 1975 den nachfolgenden Punkten besondere Bedeutung zu:

— Der freiheitlich-demokratische Staat geht von der Verfassungsloyalität seiner Bürger aus. Zugunsten der Bewerber für den öffentlichen Dienst spricht daher grundsätzlich die Vermutung, daß sie in ihrer Person die Gewähr der Verfassungstreue bieten. Wenn bei Behörden Tatsachen vorliegen, die diese Vermutung im Einzelfall ernsthaft in Frage zu stellen geeignet sind, ergibt sich für die Einstellungsbehörden das Recht und die Pflicht, eine konkrete Überprüfung vorzunehmen.

— Äußerungen und Handlungen eines jungen Menschen aus seiner Ausbildungs- und Studienzeit, insbesondere wenn sie längere Zeit zurückliegen, dürfen zur Begründung einer Einstellungsablehnung nur herangezogen werden, wenn sie nach Art und Schwere berechtigten Anlaß zu der Annahme geben, der Bewerber werde nach seiner Ernennung nicht die Gewähr bieten, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt.

Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu ausgeführt:

„Ermittlungen' der letztgenannten Art können nur Verhaltensweisen zutage fördern, die in die Ausbildungs- und Studienzeit eines jungen Menschen fallen, häufig Emotionen in Verbindung mit engagiertem Protest entspringen und Teil von Milieu- und Gruppenreaktionen sind, also sich wenig eignen als ein Element (von vielen), aus dem man einen Schluß auf die Persönlichkeit des zu Beurteilenden ziehen könnte; sie vergiften andererseits die politische Atmosphäre, irritieren nicht nur die Betroffenen in ihrem Vertrauen in die Demokratie, diskreditieren den freiheitlichen Staat, stehen außer Verhältnis zum ‚Ertrag' und bilden insofern eine Gefahr, als ihre Speicherung allzu leicht mißbraucht werden kann.“

zu 1: Die Einstellungsbehörden müssen zwar künftig sagen, was sie gegen den Bewerber haben, aber das konnten sich die Bewerber bisher auch schon denken. Daß sie es in Zukunft schriftlich kriegen, nicht Lehrer werden zu können, weil sie beispielsweise auf der MSB-Liste zum Stupa kandidiert haben, bringt nichts vom Tisch.

zu 2: Es ist äußerst "recht"staatlich, daß sie nicht mehr schweigen müssen.

zu 3: Der Zusatz "auf Antrag" läßt die Augenwischerei deutlich zutage treten, d.h. wir werden nicht mehr im Geheimverfahren sondern öffentlich abgekanzelt.

zu 4: Dem Bewerber ist also ein Rechtsbeistand zu gewähren, der Ratschläge geben darf. Es wird also künftig jedem, der irgendwann einmal aufgefallen ist, gewährt werden, was bisher bei jedem Totschlagsverfahren zwingend vorgeschrieben war. Bravo!

zu 5: Wie erhaben, wenn der Minister selbst dem Lokführer Röder mitteilt, er könne als DKP-Mann keine Lokomotive mehr fahren. Bisher hat er es von einem Kalfaktor erfahren.

zu 6: Sind Spitzelberichte nicht "gerichtsverwertbar"?

zu 7: siehe 4.

zu 8: Der Verfassungsschutz darf den "anfragenden Stellen" nur solche "gerichtsverwertbaren oder vorhaltbaren Tatsachen mitteilen, die Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers begründen können." Da der Verfassungsschutz Zweifel bereits bei der Mitgliedschaft einer verfassungsgemäßen (sonst wäre sie ja verboten), von ihm aber verfassungsfeindlich bezeichneten Partei oder Organisation hatte und diese Einstellung kaum ändern wird, besagt dieser Punkt gar nichts.

Fazit: Eine gelungene Wahlkampfüberraschung.

Wie mündige Bürger, die alle Rechte wie Wahlrecht usw. haben, wie wir, wie unsere Forderungen beispielsweise Rücknahme des HRG wirklich eingeschätzt werden, kann jeder den abgedruckten Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts entnehmen.

Kleinanzeigen

k l e i n a n z e i g e n

könnt Ihr in der nächsten wub veröffentlichen. Sie wird am Anfang des nächsten Semesters erscheinen. Anzeigenaufträge könnt Ihr gegen eine Gebühr von -,99 DM bis zum 1. Oktober abgeben.

Da wir keine 10 Seiten Anzeigen drucken, gilt in diesem Falle:

Wer zuerst kommt-mahlt zuerst. Auflage : 3 - 4000 Exemplare.

Reicht Eure Anzeige kontrastreich auf weißem Papier ein ! Sie darf nicht größer als das nebenstehende Beispiel sein !

Wir drucken keine Beleidigungen, Pornographie und Waschmittelreklamen.

Suche altes Klavier und Blasbalg für Scheiterhaufen !

falle unter den NC - wurde exkommuniziert wegen Abtreibung - darf nicht müllabfahren, weil Juso und frau.

Luise Büchner, Da., Viktoriastr. 3

Zur Situation in Palästina

Seit einigen Monaten vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von Demonstrationen und Streiks der arabischen Bevölkerung im besetzten Palästina berichtet wird. Diese Aktionen richten sich gegen die israelische Besatzungsmacht, die sich in einer neuen und für sie längerfristig sehr gefährlichen Situation befindet. Denn seit Anfang dieses Jahres sind die zionistischen Besatzer mit einer geschlossenen Front der Solidarität im palästinensischen Volk konfrontiert: Streiks und Demonstrationen finden nicht nur Unterstützung in den 1967 besetzten Gebieten (Westbank und Gaza - Streifen) sondern erstmals auch im israelischen "Kernland", den bis 1948 eroberten und besetzten Gebieten.

Der Widerstand in Galiläa

Der Höhepunkt der Auseinandersetzungen war am 30. März 1976, der von der palästinensischen Bevölkerung von Galiläa (mit der Hauptstadt Nazareth) zum "Tag des Bodens" erklärt worden war. Ein Anfang des Jahres gebildetes "Komitee zur Verteidigung des arabischen Bodens" hatte mit dem folgenden Aufruf die gesamte palästinensische Bevölkerung zum Generalstreik aufgefordert:

" Die Araber des seit 1948 besetzten Teiles von Palästina haben im Februar dieses Jahres ein Komitee zur Verteidigung des arabischen Bodens gegründet. Dieses Komitee hat sich die Bekämpfung des Beschlusses der israelischen Regierung zum Ziel gesetzt, mit dem der Boden in Galiläa beschlagnahmt und Galiläa judaisiert werden soll. Dem voraus geht eine Entscheidung der israelischen Regierung, einen Teil des arabischen Bodens in Galiläa zu beschlagnahmen.

Am 6. März 1976 trafen sich 48 arabische Gemeinde- und Stadträte zu einer Sitzung des Komitees. Auf diesem Treffen wurden gemeinsame Schritte zur Durchführung des gerechten Kampfes für die Verteidigung des Bodens und Besitzes beschlossen. Dazu gehört, daß der 30. März zum 'Tag des Bodens' ernannt wurde. An diesem Tag werden die Araber im besetzten Palästina einen Generalstreik durchführen und von der Knesset in Jerusalem eine Demonstration veranstalten, sie werden eine Delegation zur UNO entsenden, die dort bleiben soll bis die zionistische Regierung ihren Beschluß widerruft, den arabischen Boden zu beschlagnahmen."

Dieser Aufruf wurde einmütig befolgt. Die Antwort der Zionisten war äußerst brutal; allein am 30. März wurden sechs arabische Demonstranten getötet.

Wie es zum Generalstreik in Galiläa kam, wird deutlich aus einer Verlautbarung des israelischen Landwirtschaftsministeriums vom Oktober 1975; zu den Zielen der israelischen "Entwicklungspolitik" in Galiläa heißt es dort: " Es gilt, das demographische Verhältnis von Juden zu Nichtjuden zu verändern, und zwar anhand eines Entwicklungsplanes, der langfristig angelegt sein muß: Umwandlung Galiläas in ein Gebiet mit jüdischer

Mehrheit." In einer Presserklärung vom 26. März 1976 nimmt die PLO - Vertretung bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn zu dieser Politik wie folgt Stellung:

" Am 5. Februar 1976 beschloß die israelische Regierung 2000 Hektar Land in Galiläa (Nordpalästina) zu beschlagnahmen. Die Mehrheit der Bevölkerung in diesem Gebiet ist arabisch. Der Enteisungsbeschuß setzt die traditionelle israelische Politik vor und nach 1948 fort. Aus den Palästinensern soll ein Volk ohne Land gemacht werden; sie sollen entwurzelt und zerstreut

werden. Man will sie zur Auswanderung zwingen, damit neue jüdische Siedler ihren Platz einnehmen können.

Wir haben Informationen über den geplanten Bau von 20 000 neuen Häusern in Karmail erhalten. Heute leben dort 3 000 jüdische Bewohner. Ihre Zahl kann durch dieses Projekt auf 100 000 erhöht werden.

Die israelische Regierung will weitere Siedlungen im oberen Nazareth errichten und dort die Zahl der jüdischen Bevölkerung von 20 000 auf 70 000 erhöhen.

Die israelische Regierung verfolgt also auch weiterhin die Politik der vollendeten Tatsachen."

Der Widerstand im 1967 besetzten Teil Palästinas

Die Aktionen der palästinensischen Bevölkerung entzündeten sich in den letzten Monaten an verschiedenen Anlässen:

- Ende des Jahres 1975 wurde bekannt, daß 4 Palästinenser, die als politische Gefangene in israelischen Gefängnissen festgehalten wurden, aufgrund der Haftbedingungen und aufgrund von Folterungen gestorben seien;

- trotz weltweiter Proteste und auch trotz der Verurteilungen durch die UNO geht die zionistische Besiedelung im 1967 besetzten Teil Palästinas weiter, so wurden in den letzten Monaten in Hebron, Nablus, Jerusalem und auf den Golan-Höhen "neue" jüdische Siedlungen gegründet und

- religiöse Einrichtungen der Moslems wurden durch den Beschluß eines israelischen Gerichts für Mitglieder einer rechtsextremistischen zionistischen Jugendorganisation geöffnet. Kommentar eines westdeutschen Korrespondenten zu den angeblich religiösen Motiven der zionistischen Jugendlichen, die auf dem Tempelberg in Jerusalem "beten" wollten: "Die wahre Motivation des scheinbar frommen Tuns wurde deutlich, als die Extremisten auch noch nationalistische Lieder anstimmten."

Diese aktuellen Anlässe haben entscheidend zu der Breite der aktuellen Widerstandsbewegung der palästinensischen Bevölkerung beigetragen:

- an den Aktionen gegen die Besatzungsmacht beteiligt sich die gesamte Bevölkerung; solche Aktionen sind Schüler- und Händlerstreiks, Protestbriefe an internationale Organisationen, Arbeitsverweigerungen, Rücktritte von palästinensischen Bürgermeister und anderen Repräsentanten und bewaffnete Anschläge gegen militärische Einrichtungen der israelischen Besatzungsmacht. "Inzwischen haben sich die Unruhen zu einem Gesamtprotest gegen die israelische Präsenz in Westjordanien (der 1967 besetzte Teil Palästinas, d. Verf.) ausgeweitet" - schrieb dann auch die Frankfurter Rundschau am 19. März dieses Jahres.

- welches Ziel die Aktionen des palästinensischen Volkes haben, läßt sich beispielsweise daran zeigen, daß die Teilnehmer der Demonstration in Bethlehem am 16.3. auf dem Dach des örtlichen Gymnasiums die palästinensische Fahne hielten; auch die Forderungen, wie sie in diesen Aktionen aufgestellt worden sind, lassen an den Zielen des Volkes keine Zweifel.

JA FÜR DIE PLO! JA FÜR ARAFAT!

NEIN ZUR ZIONISTISCHEN BESATZUNG!

NEIN ZU KÖNIG HUSSEIN!

Der Kampf für ein freies und demokratisches Palästina, das ist es, wofür die palästinensische Bevölkerung eintritt; alle schönen Worte der israelischen Besatzer darüber, daß es keine "liberalere" als die israelische Besatzung gegeben habe, können nichts daran ändern, daß die palästinensische Bevölkerung diese Besatzung leid hat. Die Antwort, die die Besatzer dann auch auf die berechtigten Forderungen der Bevölkerung gegeben haben, ist ein weiterer Beitrag dazu gewesen, um der ganzen Welt die Augen darüber zu öffnen, wie "liberal" sie vorgehen: Panzer gegen Demonstranten; Massenverhaftungen, Reise - und Handelsbeschränkungen mit Jordanien.

Aufgrund dieser Praktiken Israels ist es nur zu verständlich, wenn der Vertreter der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in der UNO anlässlich der Diskussion über die Unterdrückungsmaßnahmen Israels erklärt, daß es sich um "Unterdrückungsmaßnahmen nach Hitler-Manie" handelt. Was die Unterdrückung des palästinensischen Volkes angeht, so haben die Zionisten ganz offensichtlich eine Menge von den Nazi-Mördern gelernt.

Mit diesem Artikel wollten wir nicht nur informieren, sondern auch auf den Arbeitskreis Nah-Mittelost aufmerksam machen; wenns euch interessiert, dann ruft doch mal bei Friedhelm (23267) oder Inge (24179) an.

Wer bezahlt Studiengebühr?

Jeder Student, dessen Studiensemesterzahl die Höchstförderungsdauer nach BAföG plus ein Semester überschreitet.

Wie kann man von der Studiengebühr befreit werden?

Der Präsident der TH kann von der Zahlung der Studiengebühr für maximal drei Semester befreien. Hierfür ist ein begründeter Antrag zu stellen; über Einzelheiten des Antrags sollte man sich im Zweifelsfall mit der Abteilung für Studentenangelegenheiten der Hochschulverwaltung, insbesondere mit Herrn Seidel (Z 47/254/255, Tel. 16 3424) beraten.

Wer, nachdem er vom Präsidenten für drei Semester von der Studiengebühr befreit wurde, noch weiterstudieren will, muß sich an das Kultusministerium wenden.

Wenn ein begründeter Antrag abgelehnt wurde,

sollte sich der Betroffene mit sämtlichen maßgeblichen Unterlagen zum AStA (Sozialreferent) begeben.

Wir suchen vor allem jemand, dessen Antrag vom Kultusministerium abgelehnt wurde, um anhand eines solchen Falles prüfen zu können, ob sich ein Musterprozeß in dieser Sache lohnt; die Studiengebühr-Regelung verstößt nämlich nach unserer Ansicht gegen die Hessische Verfassung.

Drehstühle

ZEICHENMASCHINEN

REISSZUG

SCHREIBGARNITUREN

Ingenieure und Lehrer kommen in die Schulstraße 14 zu

L.B. MÜLLER

BRIFFPAPIERE

BRIEFORDNER

L.B. MÜLLER

Freier Zugang zu den Hochschulen ?

Seit einiger Zeit geistert es durch die Presse und erhitzt die Gemüter: der NC soll abgeschafft werden!

Seit er im ersten Studienfach eingeführt wurde, ist der NC Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen.

Die Existenz des NC führte die Parole der "Chancengleichheit" und des freien Bildungssystems ad absurdum. Schon in den 60-er Jahren wurde er in unzähligen Demonstrationen und Streiks der Schüler und Studenten angegriffen. Der NC führte schließlich zu einer immensen Erhöhung des Leistungsdruckes in der Schule: Punktejagd und Notengeilheit bestimmen das Leben an der Schule.

Schließlich versprach die SPD 1969 in ihrem Wahlprogramm die Abschaffung des NC. Die nächsten Jahre brachten jedoch nur eine ungeheure Verschärfung des NC bis hin zur Ausdehnung auf alle Fächer und damit deren bürokratischen (Fehl-)Verwaltung

durch die ZVS. Scheint das HRG mit der Regelung des Hochschulzugangs den NC zu verewigen.

Dies ist auch ein Teil der Kritik am HRG.

Jetzt haben Teile der SPD/FDP Pläne zur Abschaffung des NC verkündet. Wir müssen dabei festhalten, daß diese Ankündigung ein Erfolg des jahrelangen Druckes auf die Verantwortlichen ist. Sie ist ein Erfolg des langen Kampfes der Schüler, Studenten und der Gewerkschaften mit unzähligen Streiks und Demonstrationen gegen den NC.

Dennoch: ohne materielle Absicherung und Ausbau der Hochschulen wird die Abschaffung des NC durch die weitere Überfüllung der Seminare und Vorlesungen zum Preis der Entqualifizierung des Studiums und des höheren Leistungsdruckes erkauft.

Die Mär von den sinkenden Studentenzahlen durch den Geburtenrückgang ist dabei wohl mehr ein

LEUCHTGLOBEN

FÜLLHALTER

ELEKTRONENRECHNER

SCHREIBMASCHINEN

Alles für Studium und Beruf gibts in der Schulstraße 14 bei

L.B. MÜLLER

SCHACHSPIELE

SKAT, BRIDGE, ROMMÉ

L.B. MÜLLER

Zweckargument. Stattdessen sind die Pläne von "Fachleuten" wesentlich glaubhafter, die die Abschaffung des NC durch die Erhöhung der Studentenzahlen pro Fachbereich um 25% bei gleichen Kapazitäten erreichen wollen.

Diese Vorstellung knüpft bewußt an die Meldungen von vielen unbesetzten Studienplätzen an. Rechnerisch können tatsächlich noch tausende in die Hochschulen hineingestopft werden. Jedoch ist die Frage zu stellen, welchen qualitativen Anspruch man dabei zugrunde legt. Fest steht, daß damit nur die Qualifikation sinkt (was durch das Kurzstudium eh schon beabsichtigt ist) dafür aber der Kon-

kurrenzkampf, die Selektion und die Entqualifikation steigt. Die Folgen werden die sozial schwächeren Studenten am stärksten zu spüren bekommen: den Letzten beißen die Hunde!

In Vollversammlungen und Veranstaltungen haben wir dagegen immer wieder festgestellt, daß keine Rede davon sein kann, es gäbe "zuviele zu gut ausgebildete Akademiker", sondern daß wir gerade ein qualifiziertes und materiell abgesichertes Studium für jeden fordern.

Für uns ist mit dieser Ankündigung vor dem Bundestagswahlkampf gar nichts geregelt, wie dies vielleicht einige Wahlkampfstrategen glauben möchten!!

Die Glosse

R C D S: Wir vertreten die studentischen Interessen
-durch Wiederbelebung von Karteileichen

Neulich rief mich der hiesige RCDS-Vorsitzende und Spitzenkandidat der RCDS-Stupa-Liste mit Namen "Braun" im AstA an, und fragte, ob ich ihm eine Adresse beschaffen könnte. Eine Adresse von einem Kommilitonen, der im letzten Jahr für den RCDS kandidiert hatte, wurde gesucht - seine Karteikarte sei verloren gegangen. Zwar konnte ich ihm nicht weiterhelfen, aber es fiel mir auf, daß gerade Kandidatenlisten für die Wahl zum Studentenparlament zusammengestellt wurden, und es ergaben sich für mich zwei Fragen:

Auf teuren Farbplakaten tönt der RCDS gelegentlich: "Wir vertreten die studentischen Interessen"; doch nicht etwa durch ein Karteileichen-Dasein vieler Mitglieder?

Wieviel Karteileichen wählt man eigentlich, wenn man auf dem Stimmzettel "RCDS" ankreuzt?

Holger Gehbauer

Betr.: Situation ausländischer Studierender

Die Kollegiaten des Studienkolleg-Darmstadt haben schon mehrmals durch Streiks und Klausurenboykotts versucht ihre Lage im Studienkolleg zu verbessern. Sie konnten immerhin die Öffentlichkeit auf die bestehende Misere aufmerksam machen.

In diesem Semester wurden von der Hochschule nur 6 von 62 Kollegiaten zum Studium zugelassen. Dagegen haben die Kollegiaten verschiedene Protestaktionen durchgeführt, unter anderem sind sie mit der Resolution, die auf einer Veranstaltung zur Lage der ausländischen Studenten und Kollegiaten, verabschiedet wurde, zum Präsidenten Böhme marschiert. Bei diesem Gespräch entstand der untenstehende gemeinsame Brief von Böhme und dem Ausländerausschuß an den Kultusminister.

Allgemeiner Studentenausschuß der Studentenschaft

An den der Technischen Hochschule Darmstadt

Hessischen Kultusminister

Der Präsident der Technischen Hochschule Darmstadt

Postfach 3160

6200 Wiesbaden

61 Darmstadt, den 17. 5. 76

Karolinenplatz 5

Az.: IA - 782 - 1 - 1 Ca

Betr.: Situation ausländischer Studierender

Die besonders schlechte Situation der Studierenden im Studienkolleg Darmstadt veranlaßt uns, den Ausländerausschuß der THD und den Präsidenten der THD, eine gemeinsame Erklärung abzugeben, in der Hoffnung, daß die zuständigen Behörden die notwendigen Schritte zur Beseitigung der vorhandenen Misere unternehmen.

Tatsache ist, daß zur Zeit von 62 Kollegiaten 56 keine Zulassung besitzen. Es wird Ihnen sicherlich bekannt sein, daß der Besitz der Zulassung darüber entscheidet, ob ein Kollegiat an der Abschlußprüfung des Studienkollegs teilnehmen kann oder nicht. Wir sind der Meinung, daß die jetzige Situation der Kollegiaten nicht im Zusammentreffen einiger unglücklicher zufälle begründet liegt. Vielmehr ist es die natürliche Folge einer Politik, die die zuständigen Behörden seit Jahren den ausländischen Studenten gegenüber praktizieren. Nach den Bestimmungen der Vergabe - Verordnung sollte der prozentuale Anteil der ausländischen 8 % betragen. Abgesehen davon, daß Bestrebungen bestehen, diese Grenze weiter herabzusetzen, muß man feststellen, daß in den letzten Jahren der Anteil der ausländischen Studenten ständig zurückgegangen ist, was unter anderem verursacht wird durch den NC, der für Ausländer schärfer gehandhabt wird als für Deutsche, und auch durch die Schwierigkeiten, die die Ausländer im Studienkolleg zu überwinden haben.

Wir bitten Sie, Herr Kultusminister, sich dieser Angelegenheit anzunehmen, da die gegenwärtige Lage der Kollegiaten sowohl für die Hochschule als auch für die Studentenschaft unerträglich ist. Die 56 Kollegiaten sind nicht nur wegen der oben genannten Umstände unter Druck; sie sind auch von der Ausweisung in die Heimatländer bedroht, da für die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung das Vorlegen einer Zulassung verlangt wird.

Ausländerausschuß

i. A. Djetayeri

Böhme

Die neuesten Aktivitäten der Ausländerpolizei:

Mit verschärften Repressionen versucht die Ausländerpolizei der BRD den Kampf der iranischen Studenten gegen den faschistischen Terror im Iran zu unterbinden.

In Gießen hat die Ausländerbehörde in einer Verfügung die Aufenthaltserlaubnis von 2 iranischen Studenten räumlich auf Gießen und die nächste Umgebung beschränkt. Anlaß für diese Beschränkung war, wie die Polizei in der Verfügung ausführt, die Teilnahme dieser Studenten an der Besetzung des iranischen Rundfunk- und Fernsehstudios in Paris bzw. Besetzung der Iranischen Botschaft in London. Diese Besetzungen drückten den Protest der iranischen Studenten gegen die Hinrichtung von 9 iranischen Patrioten durch die Henker des faschistischen Schah Regimes aus.

Die Ausländerpolizei begründet ihre Schikanen gegen die fortschrittlichen iranischen Studenten damit, daß die obengenannten Aktionen "die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Iran" beeinträchtigen.

Diese Begründung war auch Grundlage für den Ausweisebescheid, den der iranische Student Said K a z e m i von der Ausländerbehörde in München erhielt. Said Kazemi muß die BRD und Westberlin binnen 30 Tagen verlassen haben.

Hinzu kommt, daß die Ausländerpolizei eine Reihe von Iranern wegen ihres Kampfes gegen das faschistische Schah-Regime verwarnt.

Daß die westdeutsche Ausländerbehörde mit allen Mitteln gegen die Iraner, die gegen das faschistische Schah-Regime und seine Verbrechen kämpfen, vorgeht, sie ausweist oder ihre Bewegungsfreiheit einengt, ist nicht neu. Neu ist aber, daß die Ausländerbehörde der BRD als internationales Beschützer des Schah-Regimes auftritt und sogar die in der BRD lebenden fortschrittlichen Iraner aufgrund ihrer Aktivitäten in anderen Ländern, wie in den genannten Fällen, Repressionen aussetzt.

Die westdeutschen Behörden versuchen, die fortschrittlichen Iraner mundtot zu machen, damit die Weltöffentlichkeit von den unzähligen Verbrechen des faschistischen Schah-Regimes an dem iranischen Volk nichts erfährt. Dies entspricht den Interessen des westdeutschen Imperialismus, der im Schah-Regime den besten Garant für die Sicherung und Aufrechterhaltung der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung des iranischen Volkes sieht.

EINSTWEILIGE ANORDNUNG GEGEN DIE STUDENTENSCHAFT DER FHDVERTRETEN DURCH DEN ASTAGRUND: WAHRNEHMUNG DES ALLGEMEINPOLITISCHEN MANDATSDROHENDE GELDSTRAFE: 5.000,- DM

Nach der spektakulären Amtsenthebung des Marburger AStA's Ende 75 und der Verhängung von Geldstrafen an andere Asten der BRD, hat Ende Mai 1976 der dubiose Student Reiner Diefenbach einen Antrag auf einstweilige Anordnung (über den Rechtsanwalt Armin Jungermann) gegen die Studentenschaft der FH, vertreten durch den AStA, an das Verwaltungsgericht Darmstadt gestellt. In allen Fällen handelt es sich um die Wahrnehmung des politischen Mandats.

Liest man sich die Begründungen durch, so wird man mit einem Gewirr von juristischen Spitzfindigkeiten konfrontiert mit denen, wie es in der Begründung von R. Diefenbach wörtlich heißt, "sich die Beklagte (gemeint ist der AStA) nicht auf Artikel 5, Absatz 1 GG (Meinungsfreiheit) und Art. 5, Absatz 3 GG (Wissenschaftsfreiheit) berufen kann."

Wenn man sich dazu vergegenwärtigt, daß in früheren Jahren RCDS und CDU/CSU-loyale Asten uneingeschränkt gegen andere Völker und Staaten sowie politische und gesellschaftliche Minderheiten Hetze betrieben haben, ohne daß ein Verwaltungsgericht davon Notiz genommen hat, so sieht man sofort, daß die heutigen Maßnahmen, Gesetze und Geldstrafen, nur politisch motiviert sind; indem durch juristische Spitzfindigkeiten politisch unerwünschte Stellungnahmen und Wahrheiten unterdrückt werden.

Die Spitzfindigkeiten beruhen auf der demagogischen Behauptung, daß Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik grundsätzlich voneinander zu trennen sind. Zum einen ist die Hochschule in die Gesellschaft integriert und zum anderen sind es der Staat und das Monopolkapital, die Einflüsse auf die Hochschulpolitik haben und gegen deren Beeinflussung

übrigens: Da wir eine größere Dokumentation über den Streik und die damit zusammenhängenden Aktivitäten vorbereiten, ist in dieser WUB kein Artikel über den Streik.

sung sich das "Hochschulpolitische Mandat" richtet. Es sind genau die Gleichen, die in Südafrika, Vietnam, Stammheim oder sonstwo in Gefängnissen gegen Menschen vorgehen; oder beim Druckerstreik durch Polizeieinsatz die Interessen einiger Weniger vertreten.

Verbietet die Rechtssprechung nun den Studenten bzw dem AStA über "Außerhochschulisches" zu berichten, so verbietet sie im Grunde die Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen Hochschulsituation und der all-gemeinpolitischen Lage. Dadurch soll erreicht werden, daß die Studenten, wenn sie sich überhaupt um etwas kümmern, sich nur für ihr Studium und Hochschulinternes interessieren dürfen. Sie sollen somit ein Bewußtsein bekommen, daß sie unfähig macht an ihrer Situation an der Hochschule und der Gesellschaft etwas zu ändern oder im politischen und materiellen Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu denken und zu handeln.

Aus dieser skizzierten Darstellung wird klar (hoffentlich), daß dieser Antrag auf einstweilige Anordnung nicht die Klage eines reaktionären Studenten ist. Vielmehr hat sich Reiner Diefenbach zum Instrument der politischen Disziplinierung gemacht, getreu der Sonthofener Rede von F.J. Strauß, daß es bis zum Jahr 2.000 niemanden mehr gibt, der den Mund aufmachen wird.

vgl. 1933 - 45

wahlhelfer gesucht

Zur Durchführung der Wahl des Studentenparlaments und der Fachschaftsvertreter sind wir auf ca 120 Kommilitonen angewiesen, die uns für $3\frac{1}{2}$ Stunden (wer Zeit hat, darf auch mehr) bei der Ausgabe der Stimmzettel, bei der Überprüfung der Wahlberechtigung anhand des Wählerverzeichnisses und an der Urne helfen. Die Termine sind:

Dienstag, der 22.6., Mittwoch der 23.6. und
Donnerstag der 24.6. in der Zeit von 9.00 bis 12.30
oder von 12.30 bis 16.00

Interessenten melden sich bitte bei

Ulrich Kühnhold, 61 Dst. Robert-Schneider-Str.20

Telefon 79496

oder hinterlassen ihre Adresse (Telefon) beim AStA.

Der Wahlausschuß

kollektiv rote rübe:

PARANOIA

beginn des stücks PARANOIA:

"... die zeiten sie ändern sich. - wir passen uns den zeiten an, im gleichen maß wie es draußen eng wird in unserem land, feiern glimmer, glitzer und vernebelung triumphe, also in diesem sinne: the show goes on ..."

notstandsgesetze, ordnungsrechte, berufsverbote, gewaltparagrafen, einschränkung der verteidigerrechte, abbau der reallöhne und sozialleistungen, aufrüsten von bundesgrenzschutz, polizei, verfassungsschutz ...

schritt für schritt auf ganz legale weise könnte sich in unserem land ein neuer faschismus installieren, so leise so "legal", daß der großteil der bevölkerung davon gar nicht kenntnis nehmen braucht. wie leben die menschen in der bundesrepublik, wieso lassen sie sich schon wieder benützen zur "... rettung eines verfallenen europas...", wieso ist kaum etwas von protest zu hören, wenn ein innenminister erklärt: "... die bevölkerung muß sich an den anblick von maschinenpistolen gewöhnen ..."

wir zeigen die pranoia, die angst, die isolation, die psychische verelendung hinter den fassaden einer scheinbar heilen welt; wir zeigen auch versuche und ansätze, diese isolation, diesen alltäglichen terror zu überwinden ...

der abbau der demokratischen grundrechte in unserem land ist für uns anlaß zu einem stück über den alltag der menschen, die schon wieder zu gejagten und jägern werden ...

"... alle großen bücher sind schon geschrieben, alle großen aussprüche sind getan, wir skizzieren euch heute lediglich ein bild, von dem, was hier so gelegentlich läuft, obwohl wir es selber nicht so recht verstehn..." (zitat aus "paranoia")

wir haben mit der besten rockgruppe in unserem land, den TON STEINE SCHERBEN, musik und songs entwickelt und arrangiert. die epische montage von szenen und songs, sowie der einsatz der kostüme und masken, der trennung von ton und bild, haben eine emotionsstarke revue entstehen lassen. um die betroffenenheit und erkenntnisse aus dem gezeigten möglich zu machen, setzen wir mosaikartig subjektive geschichten nebeneinander. um nicht die langwierige konstruktion eines klassischen dramas anwenden zu müssen, benützen wir elemente des rock und blues. diese musik gewinnt an bedeutung für die dramaturgie des stücks.

am : DIENSTAG den 15.6.

um : 20⁰⁰ UHR

in : OTTO-BERNDT-HALLE , darmstadt , alexanderstraße

im vorverkauf : 4,00 DM abendkasse : 5,00 DM

ZWEI TAGE VOR DER MÜNCHNER UR-AUFFÜHRUNG IN DARMSTADT ! ! ! ! ! ! !